

Fraktions-Briefing

Zur aktuellen Entscheidung der Mindestlohnkommission sowie zur aktuellen Debatte rund um die Stromsteuer

Entscheidung der Mindestlohnkommission

Die Mindestlohnkommission hat entschieden, dass der Mindestlohn in zwei Schritten angehoben wird. Er steigt ab dem 1. Januar 2026 von 12,82 Euro brutto pro Stunde auf 13,90 Euro, zum 1. Januar 2027 dann auf 14,60 Euro. Dies wurde einstimmig beschlossen.

Hintergrund: Die Mindestlohnkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, sechs stimmberechtigten Mitgliedern aus dem Bereich der Sozialpartner und zwei wissenschaftlichen Mitgliedern, die kein Stimmrecht haben. Sie evaluiert laufend die Auswirkungen des Mindestlohns auf den Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die Wettbewerbsbedingungen und die Beschäftigung in Bezug auf bestimmte Branchen und Regionen sowie die Produktivität und stellt ihre Erkenntnisse der Bundesregierung in einem Bericht alle zwei Jahre gemeinsam mit ihrem Beschluss zur Verfügung. Sie prüft im Rahmen einer Gesamtabwägung, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, zu einem angemessenen Mindestschutz beizutragen, faire und funktionierende Wettbewerbsbedingungen zu ermöglichen sowie Beschäftigung nicht zu gefährden.

Dazu hat sich der Fraktionsvorsitzende Jens Spahn wie folgt geäußert:

„Gewerkschaften und Arbeitgeber haben sich auf den neuen Mindestlohn geeinigt. Das ist eine wirklich gute Nachricht für die Beschäftigten und für das Land! Denn die Tarifpartner wissen am besten, was in der aktuellen Lage geht und was nicht.“

Debatte rund um die „Stromsteuer“

Wir haben im Koalitionsvertrag angekündigt, für schnelle Entlastungen um mindestens 5 Cent pro kWh die Stromsteuer für alle so schnell wie möglich auf das europäische Mindestmaß zu senken sowie Umlagen und Netzentgelte zu reduzieren. In einem ersten Schritt sollen nun die Netzentgelte ab 2026 um 6,5 Mrd. Euro reduziert werden, damit sollen die Stromkosten um bis zu 3 Cent pro kWh sinken. Für wen, ab wann und in welchem Umfang die Stromsteuer zusätzlich gesenkt werden kann, muss in der Koalition im Lichte der Haushaltslage entschieden werden. Den nun unmittelbar zu beratenden Haushalt für 2025 betrifft diese Entscheidung nicht.

Dazu hat sich der Fraktionsvorsitzende Jens Spahn wie folgt geäußert:

„Was in der aktuellen Debatte untergeht: Mit der geplanten Senkung der Netzentgelte zum 01.01.2026 werden wir private Stromkunden in einem ersten Schritt mit 6,5 Mrd. Euro jährlich entlasten. Zudem schaffen wir die Gasspeicherumlage in Höhe von 3,4 Mrd. Euro ab. Über weitere Entlastungen werden wir wie geplant in den nächsten Wochen beraten.“